

LAND TAGS KURIER



AUSGABE

4 | 25

Seite **4**

Parlament einigt sich auf
neuen Doppelhaushalt
2025/26

Seite **16**

Stellenwert der
Bundeswehr beim
1. Veteranentag diskutiert

Seite **22**

Landtagsgeschichte
nach 1946: Portrait über
Grete Groh-Kummerlöv



Sächsischer Landtag

LANDTAGS KURIER

AUSGABE 4|25

PLENUM

16. Sitzung
Keine Euphorie, aber große Erleichterung
Nach langem Ringen hat Sachsen wieder einen Haushalt 4

Hintergrund-
informationen zum
Doppelhaushalt
2025/2026 6

15. Sitzung
Atomkraft hinter der Grenze?
BÜNDNISGRÜNE sorgen sich wegen Tschechiens Kernkraft-Plänen 8

Exzellenzinitiative beschert Hochschulen neuen Geldsegen
CDU sieht Sachsen in der Wissenschaftspolitik auf dem richtigen Weg 9

17. Sitzung
Rückkehr zum russischen Gas?
BSW fordert vom Ministerpräsidenten Taten 10

PARLAMENT

Kontroverse zur Windenergie
Anhörung fördert unterschiedliche Sichtweisen zutage 12

Aktuelle Gesetzgebung 13

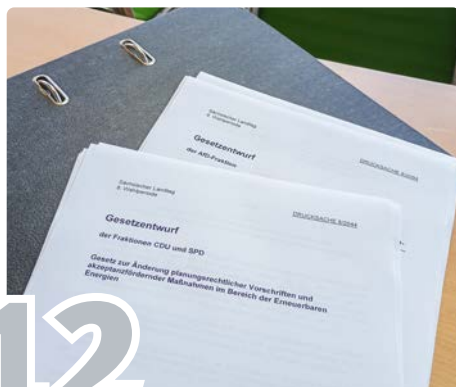
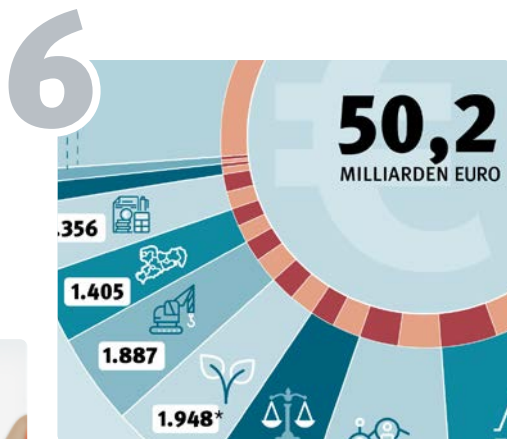
AKTUELLES

Kurz informiert 14

»Setzt Euch ein für unser Land«
Veranstaltung anlässlich des 1. Nationalen Veteranentags 16

»Für besondere Verdienste«
29. Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille 18

TITELBILD:
Podiumsdiskussion zum 1. Nationalen Veteranentag im Dresdner Ständehaus
Foto: T. Schlorke



Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Dierks vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Magdalena Portack, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Gestaltung:
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb:
Druckerei Thieme Meißen GmbH,
Zaschendorfer Straße 91, 01662 Meißen
Redaktionsschluss: 07.07.2025
Gastautoren: Maximilian Brandl
(Sächsischer Landtag), Edith Schrieff
(SLUB Dresden), Matthias Zwarg (Zschopau)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

**SONDER
THEMA****Selbstporträt in
tausend Teilen**

Das 3 000-Garagen-
Projekt der
Kulturhauptstadt
Chemnitz **20**

GESCHICHTE**Von der jüngsten
Abgeordneten
zur Parlaments-
präsidentin**

Grete Groh-
Kummerlöh und der
Nachkriegslandtag
in Sachsen **22**

20**22**

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



Foto: T. Schlorke

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Sächsische Landtag erlebte Ende Juni eine historische Sitzungswoche mit intensiven Debatten und unzähligen Entscheidungen. In den vergangenen Wochen und Monaten haben die Fraktionen und Abgeordneten vor allem um den neuen Doppelhaushalt hart gerungen. Dank der Kompromissfähigkeit vieler Beteiligten ist letztlich ein gutes Ergebnis zustande gekommen. Die Haushaltsverhandlungen waren zwischenzeitlich alles andere als leicht. Es gab zahlreiche Kontroversen und es wurde auch leidenschaftlich gestritten. Beides macht deutlich, dass unsere parlamentarische Demokratie funktioniert. Das Parlament hat mit dem jüngsten Haushaltsbeschluss bewiesen, dass es auch in schwierigen Situationen Lösungen finden kann. Es ist gelungen, politisch aufeinander zuzugehen, Trennendes zu überbrücken und Kompromisse zu finden. Trotz aller Emotionen und Spannungen, die immer wieder zu spüren waren.

Zur Wahrheit gehört auch: Der neue Doppelhaushalt muss Schwerpunkte setzen. Nicht alles, was in den vergangenen Jahren möglich war, kann so aufrecht erhalten werden. Dennoch können Kultur und Sport, soziale Träger, Unternehmen, Hochschulen, Vereine oder die Kommunen nun endlich wieder verlässlich planen. Dafür haben wir Parlamentarier Verantwortung übernommen. Der aktuelle Landtagskurier informiert Sie umfassend zum Haushaltsbeschluss. Er gibt die Standpunkte und Sichtweisen der einzelnen Fraktionen so wieder, wie sie im Plenarsaal zu hören waren.

Auch abseits des Landeshaushalts hat dieses Heft spannende Themen zu bieten. Mitte Juni beteiligte sich unser Parlament am ersten deutschlandweiten Veteranentag. Die Veranstaltung im Dresdner Ständehaus fragte danach, welchen Stellenwert die Bundeswehr in der deutschen Gesellschaft heute hat.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre sowie eine erholsame Sommerzeit.

Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags

**»Es ist gelungen,
politisch
aufeinander
zuzugehen,
Trennendes zu
überbrücken und
Kompromisse
zu finden.«**



Michael Kretschmer verteidigt den Haushaltsbeschluss.

Fotos: O. Kllig

Keine Euphorie, aber große Erleichterung

Nach langem Ringen hat Sachsen wieder einen Haushalt

Der Sächsische Landtag stimmte in seiner 16. Sitzung am 26. Juni 2025 dem »Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026« zu. Der Doppelhaushalt hat ein Volumen von insgesamt 50,2 Milliarden Euro. Das Parlament stimmte über jeden der 15 Einzelpläne ab. In der Debatte zum Etat der Staatskanzlei ergriff der Ministerpräsident das Wort.

Staatsregierung: Außergewöhnliche Situation

Eine solch schwierige Situation, in der sich die Bundesrepublik und der Freistaat Sachsen aktuell befänden, habe es in den vergangenen 35 Jahren noch nie gegeben, so Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU). Die Einnahmen des Staates aus Steuern und Abgaben reichten nicht aus, um seine pflichtigen Aufgaben zu erledigen. Deshalb sei er froh, dass sich für den Haushaltsbeschluss im Landtag eine Verantwortungsgemeinschaft gebildet habe. Ebenso deutlich sei aber auch, dass Deutschland dringend eine

Reformagenda brauche. Das Land müsse wieder fit werden und aus seiner Wachstumschwäche herauskommen. Schulden seien dabei nicht unbedingt der beste Weg. Mit ihnen verschiebe man fast alle Probleme von der Gegenwart in die Zukunft. Die Diskussion darüber werde mit dem nächsten Doppelhaushalt erneut beginnen.

AfD: Ankündigungen ohne Konsequenz

Jörg Urban (AfD) entgegnete dem Ministerpräsidenten, dass sich trotz vieler Ankündigungen in den vergangenen Jahren nichts geändert habe. Es seien Reformen versprochen, aber nicht umgesetzt worden. Der Staatsregierung sei es nicht gelungen, den Unterrichtsausfall wirksam zu bekämpfen, die Straftaten von illegalen Migranten einzudämmen oder die Bürokratielast für Unternehmen zu senken. Die Zustimmung zum Doppelhaushalt habe sich die Minderheitsregierung aus CDU und SPD auf Kosten der Steuer-

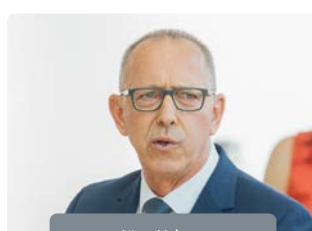
zahler erkaufte. Dazu habe man Linken und GRÜNEN den roten Teppich ausgerollt, anstatt andere Mehrheiten zu nutzen. Der Regierung stünden Rekorderlöse von 25 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Um die Unternehmen nicht noch weiter zu belasten, müssten die Steuern gesenkt werden. Für mehr Wirtschaftswachstum brauche es echte Strukturreformen. Es dürfe kein »Weiter so« mehr geben.

CDU: Tragfähigen Kompromiss gefunden

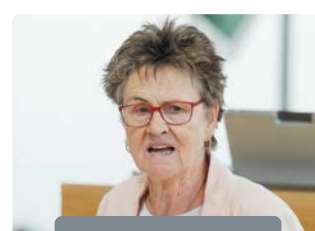
Christian Hartmann (CDU) räumte ein, dass es für die Verhand-



Christian Hartmann



Jörg Urban



Sabine Zimmermann

lungspartner alles andere als leicht gewesen sei, um zu einem Ergebnis zu kommen. Man habe sich stark aneinander gerieben und sicherlich an der einen oder anderen Stelle politische Schmerzlinien überschritten. Letztlich sei es aber gelungen, einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Bereits der Regierungsentwurf habe alle finanziellen Möglichkeiten ausgelotet und politische Schwerpunkte gesetzt. Die vorliegende Beschlussempfehlung verzichte zwar auf neue Kredite, schöpfe aber alle anderen verfügbaren Mittel bis auf den letzten Cent aus. Unter anderem würden die Haushaltsausgleichsrücklage vollständig aufgebraucht, die Einzahlungen in den Generationenfonds um eine halbe Milliarde Euro reduziert und die Tilgung der Corona-Notlagenkredite in die Zukunft gestreckt.

BSW: Demokratie in der Krise

Dieser Haushalt sei weit weg von der Realität und der Stimmung im Land, befand Sabine Zimmermann (BSW). Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hätten Angst vor einem Arbeitsplatzverlust. Selbst bei VW wisse niemand, wie es weitergehe. Alte Menschen befürchteten, sich den Eigenanteil an einem Pflegeheimplatz nicht mehr leisten zu können. Das könne man so nicht länger hinnehmen. Ebenso gekürzt werde im Haushalt bei der Kulturförderung, nachdem diese schon in den letzten Jahren zusammengestrichen worden sei. Vom 45 Millionen Euro umfassenden Kita-Moratorium,

das Eltern und Kommunen gleichermaßen hätte entlasten sollen, blieben im neuen Haushalt nicht einmal 23 Millionen Euro übrig. Diese Art der Politik schwäche den sozialen Zusammenhalt und stürze die Demokratie noch tiefer in die Krise.

SPD: Unterstützung, wo sie gebraucht wird

Die wichtigste Botschaft sei, dass Sachsen endlich wieder einen Haushalt bekomme, hob Henning Homann (SPD) an. Mit dem Beschluss habe die Koalition ihre erste große Herausforderung bestanden. Dieser Haushalt stehe gleich in zweierlei Hinsicht für Zusammenhalt. Erstens, weil man es gemeinsam geschafft habe, ihn aus der demokratischen Mitte heraus auf den Weg zu bringen. Zweitens, weil er dieses Land dort stärke, wo dringend Unterstützung gebraucht werde. Die Staatsregierung nehme über 400 Millionen Euro in die Hand, um in Zukunftsindustrien und Zukunftsbranchen zu investieren. Sie lege ebenso einen Schwerpunkt auf die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien. Es würden weitere Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, die Schulsozialarbeit fortgeführt, das Bildungsticket beibehalten sowie Jugendeinrichtungen und Kitas unterstützt.

BÜNDNISGRÜNE: Mehr Umwelt- und Naturschutz

Franziska Schubert (BÜNDNISGRÜNE) verwies darauf, dass der Haushalt nun wieder eine klar erkennbare Handschrift der



BÜNDNISGRÜNEN trage. So habe die Fraktion unter anderem den Erhalt des beliebten Reparaturbonus erreichen können. Auch insgesamt würden Klima-, Umwelt- und Naturschutz im Haushalt berücksichtigt.

Unterm Strich stünden beispielsweise 37 Millionen Euro mehr für das Sächsische Umwelt- und Landwirtschaftsministerium zur Verfügung. Der neue Doppelhaushalt sei obendrein auch gerechter. So erhielten die sächsischen Tafeln 800 000 Euro mehr, die AIDS-Hilfe bleibe bestehen und die Verbraucherzentrale habe man auch retten können. Für die Demokratie sei die Haushaltseinigut gut, denn sie beweise, dass Opposition nicht nur Kontrolle, sondern auch Gestaltung bedeuten könne. Von der Tragfähigkeit einer neuen politischen Kultur werde man sich aber erst noch überzeugen müssen.

Die Linke: Schmerzhaft Einschnitte

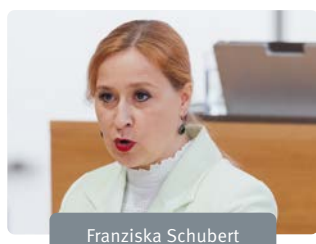
Susanne Schaper (Die Linke) zeigte sich angesichts des be-

schlossenen Haushalts ebenfalls erleichtert. Tausende Menschen könnten jetzt mit der Gewissheit in die Ferien gehen, dass sie ihre Arbeit behielten. Aber diese Freude sei nicht ungetrübt. Schließlich berge der Haushalt weiterhin schmerzhaft Einschnitte. Ihre Fraktion habe versucht, dies zu verhindern, jedoch nicht alles durchsetzen können. Man habe erreicht, dass die Krankenhäuser bei Investitionen aus dem Sachsenfonds weit oben stünden. Investitionen werde es auch in der Pflege geben, indem die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen von Eigenanteilen entlastet würden. Es brauche aber auch zukünftig weiter hohe Investitionen in den Sozialstaat, die Bildung, die Infrastruktur und die Industrien. Gegen Kürzungspläne werde sich die Linke als Oppositionsfraktion hingegen wehren.

Schon vor der Wahl habe er gewarnt, dass, wer CDU wähle, am Ende Rot-Grün bekomme, so Matthias Berger (fraktionslos). Mit diesem Bündnis werde jegliche Reform unmöglich. Dabei seien Veränderungen dringend nötig. Auf Landesebene gebe es zu viel Personal und die sächsische Förderpolitik sei nicht stringent genug. Es entstehe bisweilen der Eindruck, dass Freiheit durch soziale Marktwirtschaft gar nicht mehr gewollt sei.



Henning Homann



Franziska Schubert



Susanne Schaper

// Dr. Daniel Thieme

Hintergrundinformationen zum

Der neue Doppelhaushalt erreicht abermals ein Rekordniveau. Gegenüber dem vorherigen legte er moderat um 0,9 Milliarden Euro zu. In einzelnen Bereichen gab es Kürzungen, um Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen.

Wegmarken des Haushaltsverfahrens 2025/26

Bis kurz vor Schluss wurde um den neuen Doppelhaushalt 2025/26 gerungen. Die Voraussetzungen waren denkbar schwierig. Erstmals verfügte die Regierungskoalition im Landtag nicht über eine eigene Mehrheit und musste auf Stimmen aus der Opposition hoffen.

3. APRIL 2025

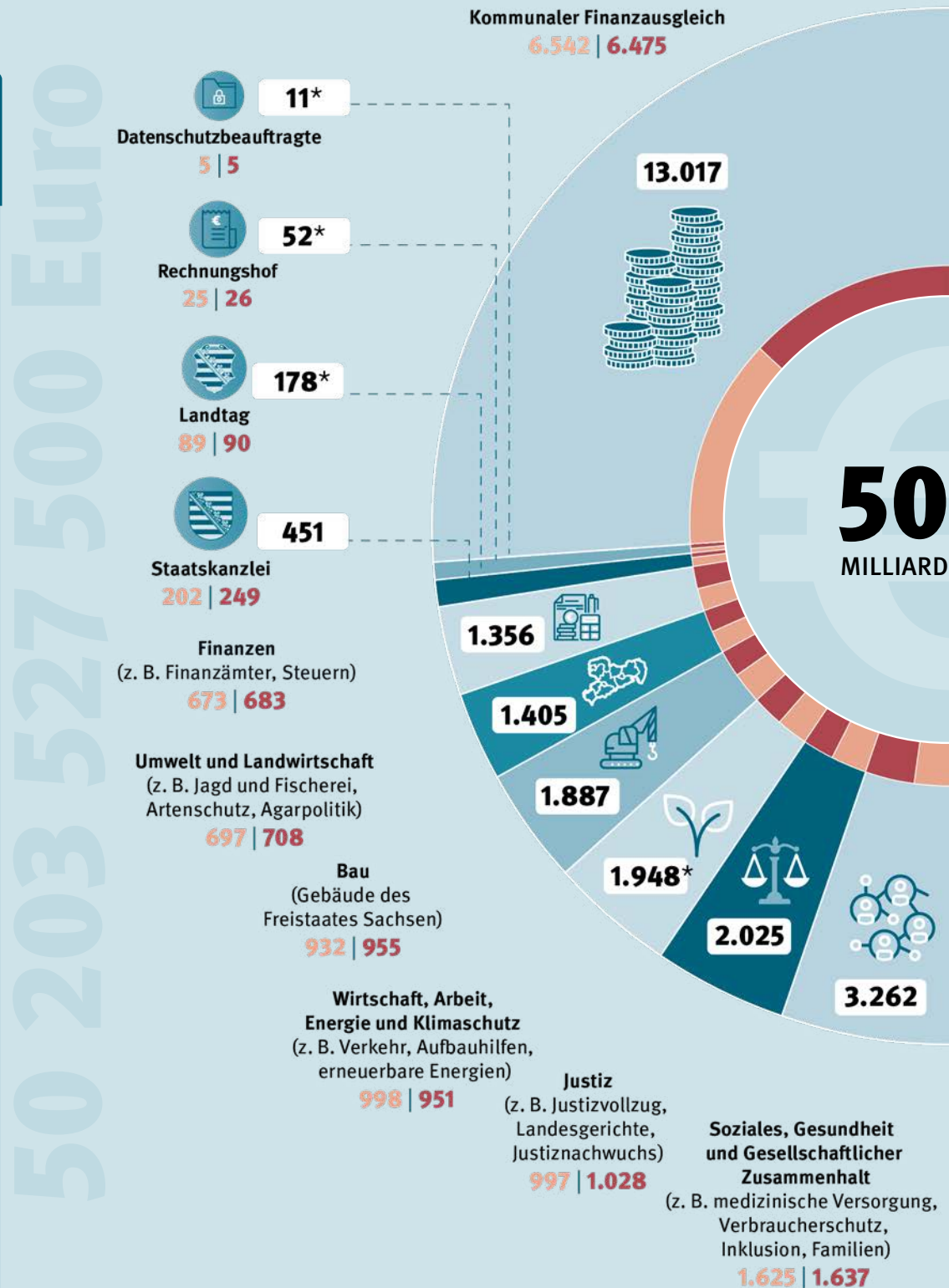
Einbringung ins Plenum

Der Regierungsentwurf zum Haushaltsgesetz 2025/26 wird erstmalig im Plenum beraten. Bis zur Verabschiedung des neuen Doppelhaushalts gilt in Sachsen die vorläufige Haushaltsführung. Noch ist allerdings keine Mehrheit in Sicht. Der Koalition fehlen mindestens 10 Stimmen.

9. APRIL 2025

Erste Befassung des HFA

Das Haushaltsgesetz steht erstmalig auf der Tagesordnung im Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) sowie in allen Fachausschüssen. In der Sitzung des HFA stellt Finanzminister Christian Piwarz das Zahlenwerk vor. Für eine Zustimmung benötigt die Minderheitsregierung von CDU und SPD weitere Stimmen der Opposition. Sie verhandelt in dieser Zeit vor allem mit der Fraktion BSW.



* Abweichung zwischen addierten Einzelbeträgen und Gesamtbetrag aufgrund von Rundungen
Quelle: Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

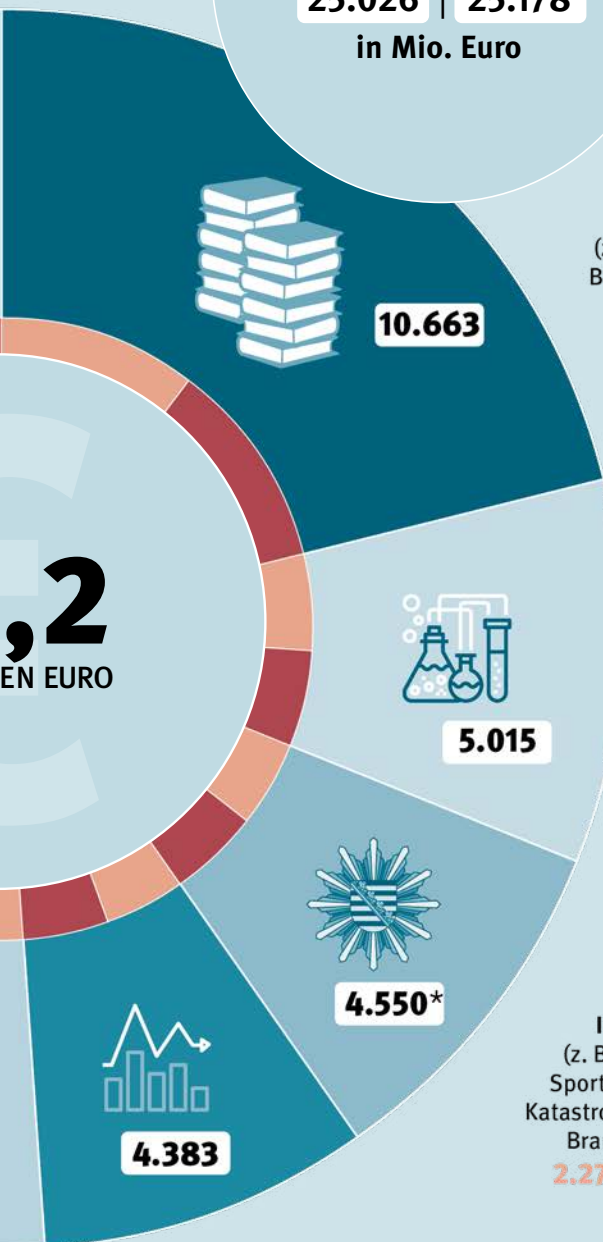
Doppelhaushalt 2025/2026

DOPPELHAUSHALT

2025 | 2026

25.026 | 25.178

in Mio. Euro



Bildung
(z. B. Schulen, Kitas,
Bildungsinfrastruktur)

5.286 | 5.377

**Wissenschaft,
Kultur und Tourismus**
(z. B. Hochschulen,
Forschungsförderung,
Landesbibliotheken, Theater)

2.502 | 2.513

Inneres
(z. B. Polizei,
Sportförderung,
Katastrophenschutz,
Brandschutz)

2.272 | 2.277

**Infrastruktur und
Landesentwicklung**
(z. B. ländlicher Raum
und Denkmalpflege)

2.180 | 2.203

**DOPPEL-
HAUSHALT**
2023 | 2024
(gesamt)



23. – 30. MAI 2025

Abschließende Befassung der Fachausschüsse

Es zeichnet sich ab, dass die Haushaltsgesetze im Landtag keine Mehrheit finden. In allen Ressorts lauten die Beschlussempfehlungen an das Plenum auf Ablehnung. Es droht ein Scheitern oder eine Verzögerung des Haushaltsbeschlusses bis in die Sommerpause.

10. JUNI 2025

Frist für Änderungsanträge

Ursprünglich sollten alle Änderungsanträge zur Haushaltsklausur bis zum 3. Juni eingehen. Die Einreichung verzögert sich bis zum 10. Juni. Ein Grund dafür ist, dass sich CDU und SPD nicht mit der Fraktion BSW einigen können. Stattdessen verhandelt die Koalition nun mit Linken und BÜNDNISGRÜNEN.

12./13./16. JUNI 2025

Klausur des HFA

Mit Beginn der Klausurwoche zeichnet sich eine Lösung ab. Linke und BÜNDNISGRÜNE verlangen für ihre Unterstützung, dass die Koalition mehreren ihrer Änderungsanträge zustimmt.

25./26./27. JUNI 2025

Beschluss im Plenum und Ausfertigung

Der sächsische Landeshaushalt für die Jahre 2025 und 2026 wird durch das Parlament verabschiedet. Nach der Abstimmung über alle 15 Einzelpläne sowie dem Beschluss des Haushaltsbegleitgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes wird es am darauffolgenden Tag von Landtagspräsident und Ministerpräsident unterzeichnet. Sachsen verfügt damit wieder über einen ordentlichen Haushaltsplan.



Foto: O. Killig

Thomas Löser am Rednerpult

Atomkraft hinter der Grenze?

— BÜNDNISGRÜNE sorgen sich wegen Tschechiens Kernkraft-Plänen

Noch vor der abschließenden Beratung des Landeshaushalts standen am 24. Juni 2025 mehrere Aktuelle Debatten auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags. So debattierten die Abgeordneten in der 15. Sitzung über den geplanten Bau eines Atomkraftwerkes im tschechischen Grenzgebiet. Der Antrag der Fraktion BÜNDNISGRÜNE lautete: »Ein Atomkraftwerk direkt vor unserer Haustür – Schutz von Menschen und Natur in Sachsen sicherstellen«.

Mogelpackung statt Wundertechnologie

Die neueste Generation von Kernkraftwerken, sogenannte Small Modular Reactors, würden als Wundertechnologie verkauft, hielten aber den Erwartungen nicht stand, befand Thomas Löser (BÜNDNISGRÜNE). Beispielsweise lägen die Kosten der Stromentstehung über denen herkömmlicher Atomkraftwerke. Auch der immense Wasserverbrauch sei nicht vertretbar. Die Staatsregierung müsse sich zu den Plänen des tschechischen Staates endlich klar positionieren.

Ina Klemm (CDU) wies darauf hin, dass im nächsten Jahrzehnt ein Braunkohlekraftwerk am Standort Tušimice abgeschaltet und dafür das Atomkraftwerk ans Netz gehen solle. Die Luftqualität im Erzgebirge werde sich in der Folge deutlich verbessern. Mit dem Bau des AKW solle im Jahr 2034 begonnen werden. Bis dahin müsse noch vieles geprüft werden. Der Freistaat Sachsen befinde sich in enger Abstimmung mit den tschechischen Nachbarn.

Atomkraft im Vorteil

Jan-Oliver Zwerg (AfD) hob die Vorteile der Atomkraft gegenüber der Windkraft in puncto Umweltauswirkungen hervor. Ein Kernkraftwerk erzeuge keine Luftschadstoffe, kein CO₂ und keine relevanten Erschütterungen. Es entstünde so wenig Lärm, dass es keinen gesetzlichen Mindestabstand zu Wohnbebauungen brauche. Windenergieanlagen hätten dagegen so hohe Lärmpegel, dass diese Mindestabstände zwingend erforderlich seien.

Im Gegensatz zu Deutschland verfolge Tschechien ein klares Konzept der Energieversorgung, hob Ralf Böhme (BSW) anerkennend hervor. Das Land nutze die Kernkraft als Basis, wenn die Kohle als Energieträger langfristig auslaufe. Zwar solle auch der Anteil erneuerbarer Energien steigen, doch die Grundlast wolle Tschechien mit Atomkraft sicherstellen. Das Land könne seiner Bevölkerung und der Wirtschaft dadurch bezahlbare Energie bieten.

Projekt konsequent ablehnen

Zur Frage eines tschechischen AKWs in Grenznähe bezog auch Simone Lang (SPD) Stellung. Sachsen müsse sich auf Bundes- und EU-Ebene deutlich gegen das Projekt aussprechen. Anstatt derartige Risiken zu fördern, sollte mehr in den Ausbau von erneuerbaren Energien investiert werden. Die Zukunft liege in der Sonne und im Wind, nicht in einer nicht beherrschbaren Technologie von gestern.

Deutschlands Ausstieg aus der Atomkraft sei richtig, schloss sich Stefan Hartmann (Die Linke) argumentativ seiner Vorrednerin an. Weltweit stagniere die Zahl der Atomkraftwerke. Von 2004 bis 2023 seien zwar 102 neue AKW gebaut, aber auch 104 abgeschaltet worden. Die Zukunft gehöre den Erneuerbaren. Sie seien sicher, sauber und wirtschaftlich.

Es sei das gute Recht der Tschechen, über ihre Energieversorgung zu bestimmen, so Umweltminister Georg-Ludwig von Breitenbuch (CDU). Wenn man auf das Thema Klima schaue, dann sei Dekarbonisierung grundsätzlich der richtige Weg. Ferner könne davon ausgegangen werden, dass sich Tschechien über die Risiken im Klaren sei. Das geplante Kernkraftwerk stehe schließlich bei ihnen, nicht in Sachsen.

// Dr. Daniel Thieme

Exzellenzinitiative beschert Hochschulen neuen Geldsegen

CDU sieht Sachsen in der Wissenschaftspolitik auf dem richtigen Weg

Die dritte Aktuelle Debatte der 15. Sitzung des Sächsischen Landtags am 24. Juni 2025 thematisierte die positive Entscheidung zur Förderung von Exzellenzclustern an sächsischen Hochschulen. Der Titel, den die CDU-Fraktion dazu benannt hatte, lautete: »Spitzenforschung im Freistaat Sachsen – Exzellenzinitiativen als Leuchtturmprojekte der sächsischen Forschungslandschaft«.

Erfolge tragen Früchte

Sachsen sei einer der herausragenden Forschungs- und Wissenschaftsstandorte in Deutschland, lobte Oliver Fritzsche (CDU) eingangs. Die gezielte Unterstützung der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen trage Früchte. Für die Zukunft sei es wichtig, die entsprechende Kofinanzierung der Bundesmittel verlässlich abzusichern. Die Erfolge zeigten, dass es sich lohne, weiterhin in Spitzenforschung zu investieren.

Martina Jost (AfD) wollte dem Lob ihres Vorredners nicht ungeteilt zustimmen. So hätten kleinere Hochschulen gar nicht die personellen und finanziellen Ressourcen, um Projekte dieser Größe zu stemmen. Die Hochschulen, die schon einen starken Stand hätten, erhielten nun noch mehr

Geld. Der Fokus auf Leuchttürme lasse die wissenschaftliche Breite, insbesondere Nischen- und Grundlagenforschung, zurück. Außerdem fehle für Nachwuchswissenschaftler trotz der Exzellenzförderung häufig die Perspektive.

Fatale Kürzungen

Eine mögliche drastische Reduzierung der Forschungsförderung im nächsten Doppelhaushalt kritisierte Prof. Dr. Jörg Scheibe (BSW). Dadurch drohe Sachsen, im Technologiewettbewerb ins Hintertreffen zu geraten. Die Forschungszuschüsse seien für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft essenziell. Wer die Mittel so drastisch reduziere, spare an der falschen Stelle.

Die erreichten Erfolge belegten, dass der sächsische Weg aufgehe und sich langfristige Investitionen in Forschung und Entwicklung lohnten, so Gerald Eisenblätter (SPD). Die Hochschulen seien für Innovation, Transfer und Fachkräftegewinnung zentral. Angesichts knapper Kassen müsse sich Sachsen auf die eigenen Stärken konzentrieren und die bislang gewachsenen Forschungskerne weiter unterstützen.

Wissenschaftliche Breite nicht übersehen

Dr. Claudia Maicher (BÜNDNISGRÜNE) warnte vor drohenden Kürzungen in der Forschungsförderung. Landesfinanzierten Forschungseinrichtungen entstünden ohne angemessene Aufwüchse faktische Kürzungen. Dies sei keine gute Haushaltsstrategie und laufe den fachpolitischen Bekenntnissen der regierenden CDU zuwider. Trotz der Leuchtturmerfolge dürften die Herausforderungen in der Fläche der Hochschullandschaft nicht übergangen werden.

Die Exzellenzstrategie sei, wie Projektförderung im Allgemeinen, ungerecht und nicht nachhaltig für die sächsische Hochschullandschaft, sagte Luise Neuhaus-Wartenberg (Die Linke). Sie bleibe eine Förderung für Wenige statt für Viele. Ebenso kritikwürdig sei die Tatsache, dass die Vergabe der Fördermittel durch zentralisierte Auswahlverfahren erfolge. Partizipative Gremien würden zu wenig einbezogen.

Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow (CDU) erklärte, dass nur eine exzellente Wissenschaft die Herausforderungen der Zukunft bewältigen könne. Für Sachsen bedeute die Exzellenzstrategie eine große Chance. In den kommenden sieben Jahren würden bis zu 200 Millionen Euro an den Freistaat fließen. Von dieser Wissenschaftsförderung profitierten auch die Unternehmen, weil sie dank der Nähe zur exzellenten Forschung Innovationen schneller erhalten und umsetzen könnten.



Foto: O. Killig

Oliver Fritzsche

// Dr. Daniel Thieme



WEITERE AKTUELLE DEBATTEN:

Am 27. Juni standen noch weitere Aktuelle Debatten auf der Tagesordnung der 17. Plenarsitzung. »Corona-Hilfen: Rückzahlungen ins Fadenkreuz. Schluss mit Chaos und Existenzgefährdungen!« lautete ein Antrag der AfD-Fraktion. Von der SPD stammte das Thema »Mehr als nur Parade: Politische CSD-Demonstrationen für Vielfalt und Respekt schützen sowie unterstützen«.

Eine weitere Aktuelle Debatte hatte

Die Linke am 24. Juni 2025

beantragt. Sie lautete

»Sengende Sonne über Sachsen: Wassermangel lindern, Hitzetode verhindern!«.



AKTUELLE DEBATTEN
ALS VIDEO

Rückkehr zum russischen Gas?

BSW fordert vom Ministerpräsidenten Taten

Die Fraktion BSW adressierte mit der zweiten Aktuellen Debatte der 17. Plenarsitzung am 27. Juni 2025 direkt Ministerpräsident Michael Kretschmer. Der Titel lautete: »Held der Worte – Nun ist Action gefragt, Herr Kretschmer! Energiepreise senken, Wiedernutzung Nord Stream vorbereiten.«

Fehlende Initiative

Ralf Böhme (BSW) lobte Michael Kretschmer als Stimme der Vernunft im Meer indifferenter politischer Propaganda. Seine Bürgerkommunikation verdiene Respekt. Allerdings blieben die markigen Worte ohne Konsequenzen. Unter anderem habe Kretschmer dafür plädiert, die beschädigte Pipeline Nord Stream zu reparieren und wieder russisches Erdgas zu importieren. An einer anschließenden Initiative habe es jedoch gefehlt.

Die Debatte komme zu einem falschen Zeitpunkt, merkte Ina Klemm (CDU) an. Aufgrund der aktuellen Gesamtlage fehle es dem Ministerpräsidenten an Möglichkeiten, um in dieser Sache Einfluss zu nehmen. Nord Stream I habe bis zum russischen Angriff auf die Ukraine verlässlich Gas nach Deutschland geliefert. Doch spätestens nach den Anschlägen auf Nord Stream II sei klar geworden, dass man sich beim Gasbezug nicht abhängig machen dürfe.

Gescheiterte Sanktionen

Im Zusammenhang mit den hohen Energiepreisen und der Zerstörung der Nord-Stream-Pipeline müsse auch über die Russland-Sanktionen der EU gesprochen werden, verlangte Jörg Urban (AfD). Die Maßnahmen hätten weder eine friedliche Konfliktlösung ermöglicht, noch Russland politisch oder wirtschaftlich unter Druck gesetzt. Seine Fraktion habe deswegen schon seit 2014 ihr Ende gefordert.

Juliane Pfeil (SPD) erklärte, das BSW suche die Lösung für günstige Energiepreise im russischen Gas. Deutlich nachhaltiger seien hingegen Investitionen in erneuerbare Energien, in Stromnetze und Stromspeicher sowie alternative Gaslieferquellen. Die EU habe in diese Richtung viel unternommen und Verträge mit mehreren Ländern geschlossen. Jeder weitere Euro für russische Energie stärke Putins Krieg gegen die Ukraine.



Keine neue Abhängigkeit

Das BSW spreche ständig von Frieden, wolle aber zugleich mit einem Kriegstreiber Geschäfte machen, prangerte Thomas Löser (BÜNDNISGRÜNE) an. Damit würde sich Deutschland erneut in eine gefährliche Abhängigkeit begeben. Wenn die BSW-Fraktion etwas zur Völkerverständigung beitragen wolle, dann solle sie alle Bemühungen unterstützen, zu einer nachhaltigen und dezentralen Energieversorgung zu kommen.

Die Wiederinbetriebnahme der Nord-Stream-Pipeline wäre ein fataler Fehler, warnte auch Stefan Hartman (Die Linke). Die Abhängigkeit von russischem Gas habe Deutschland und Europa politisch erpressbar gemacht. Sie berge auch zukünftig ein erhebliches Risiko. Nord Stream widerspreche dem Ansinnen nach Klimaschutz und einer sozialökologischen Transformation.

Für die Staatsregierung sprach Dr. Andreas Handschuh (CDU), Chef der Staatskanzlei und Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten. Die EU und weitere Staaten setzten im Ukraine-Krieg alles auf eine diplomatische Lösung. Bisher sei es noch nicht gelungen, eine Friedensordnung herzustellen. Daher stelle sich aktuell auch die Frage nach einer Wiedernutzung von Nord Stream nicht. Perspektivisch sollte daran aber festgehalten werden.

// Dr. Daniel Thieme

DIE ZUKUNFT DER WINDKRAFT

Die Nutzung der Windenergie hat in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen. Ihr Anteil an der Stromerzeugung in Deutschland liegt inzwischen bei rund einem Drittel. Mit der Frage nach einem weiteren Ausbau in Sachsen befasste sich kürzlich der Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung.



Foto: Landtag

Kontroverse zur Windenergie

— Anhörung fördert unterschiedliche Sichtweisen zutage

Mit zwei eher gegensätzlichen Gesetzentwürfen befasste sich der Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung in einer öffentlichen Anhörung am 30. Mai 2025: das »Sächsische Windenergieordnungsgesetz« (AfD-Fraktion) sowie das »Gesetz zur Änderung planungsrechtlicher Vorschriften und akzeptanzfördernder Maßnahmen im Bereich der Erneuerbaren Energien« (Fraktionen CDU und SPD). So unterschiedlich wie die Gesetzestexte waren auch die Sichtweisen der Sachkundigen.

Für mehr Akzeptanz und rechtliche Kongruenz

Prof. Dr. Andreas Berkner von der Akademie für Raumentwicklung der Leibniz-Gesellschaft bewertete zunächst den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen. CDU und SPD ginge es vor allem darum, die Praktikabilität des Ausbaus erneuerbarer Energien zu erhöhen sowie ihre Akzeptanz zu verbessern. Insbesondere bei der Windenergie sei ein großer Teil durch Bundesrecht vorgegeben. Die vorgelegte Novelle trage dazu bei, Bundes- und Landesgesetzgebung besser miteinander in Einklang zu bringen. Die AfD-Fraktion versuche hingegen, den Ausbau der erneuerbaren Energien mehr oder weniger zu verhindern, befand Prof. Dr. Klaus Joachim Grigoleit von der TU Dortmund.

Die Kommunen müssten spürbar von der Einrichtung von Windkraftanlagen profitieren, forderte Mario Müller vom Bund

der Energie- und Wasserwirtschaft in Mitteldeutschland. Die im Koalitionsentwurf vorgesehene Möglichkeit, nicht nur die betroffenen Kommunen, sondern auch unmittelbar deren Einwohner an Gewinnen finanziell zu beteiligen, wurde von mehreren Sachkundigen gelobt. Wie dies in der Praxis funktionieren solle, sei aber noch nicht klar genug geregelt.

Die im Gesetzentwurf der Koalition vorgesehene Anpassung der Flächenausweisung stieß bei den Sachkundigen auf ein geteiltes Echo. Statt ursprünglich 2 Prozent sollen vorerst nur 1,3 Prozent der Landesfläche für Windenergieanlagen verfügbar gemacht werden. Falk Zeuner, Präsident der Vereinigung zur Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien in Sachsen, bezeichnete die Absenkung als kontraproduktiv. Wolfgang Zettwitz vom Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien führte aus, dass man bei der Suche von

Flächen für Windkraftanlagen durchaus Zielkonflikte erlebe. So hätten sich in der Region Görlitz Schwierigkeiten gezeigt, wenn in einzelnen Gegenden zeitgleich Großprojekte für den Strukturwandel geplant würden. Er warb dafür, Energiewendeprojekten mehr Zeit zu geben. Möglicherweise könnten nach ihrer Sanierung auch ehemalige Bergbauflächen genutzt werden. Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, Yvonne Sommerfeld (Sächsischer Landkreistag) und Max Vörtler (Sächsischer Städte- und Gemeindetag), befürworteten eine zeitliche Entzerrung der Flächenausweisung. Die zunächst vorgesehene Frist bis Ende 2027 sei zu ambitioniert.

Grundsatzkritik an der Energiewende

Stadt- und Landesplaner Dr. Gerd Rojahn kritisierte die angestrebte Energiewende grundsätzlich. Aus seiner Sicht hätte die Planung von Anlagen, die erneuerbare Energie erzeugten, seit der Einführung des EEG einen höheren Stellenwert als andere öffentliche Interessen- und Schutzgüter. In der Praxis führe dies zu enormen Umsetzungsproblemen. Eher ablehnend äußerte sich auch Prof. Dr. Stefan Kofner von der Hochschule Zittau/Görlitz. In seinem Vortrag ging er vornehmlich auf die Nachteile der Windkraftanlagen ein. Um durch sie regionale Energiesicherheit zu erreichen, fehle es bislang u. a. an ausreichenden Investitionen in die Netzinfrastruktur und Stromspeichertechnologien. Auch könne es zu Entzugseffekten bei Investitionen an anderer Stelle kommen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung wird sich voraussichtlich Ende August erneut mit beiden Gesetzentwürfen befassen und jeweils Beschlussempfehlungen an das Plenum abgeben.

ZUM NACHLESEN



Wortprotokoll
der Anhörung

// Janina Wackernagel

AKTUELLE GESETZGEBUNG

Stand: 02.07.2025

TITEL EINBRINGER AUSSCHUSS	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 (Haushaltsgesetz 2025/2026 – HG 2025/2026) 8/2150 Staatsregierung Ffd.: Haushalts- und Finanzausschuss	Das Gesetz legt den Haushaltsplan für die Jahre 2025 und 2026 fest. Das Finanzvolumen erhöht sich leicht gegenüber den Vorjahren.	✓
Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2025/2026 (Haushaltsbegleitgesetz 2025/2026 – HBG 2025/2026) 8/2151 Staatsregierung Ffd.: Haushalts- und Finanzausschuss	Mit dem Begleitgesetz werden die rechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des Doppelhaushalts 2025/2026 geschaffen.	✓
Fünftes Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen 8/2152 Staatsregierung Ffd.: Haushalts- und Finanzausschuss	Das Gesetz regelt die Finanzierung der sächsischen Kommunen durch den Freistaat für die beiden Haushaltsjahre 2025 und 2026.	✓
Fünftes Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung 8/2828 AfD Ffd.: Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung	Der Gesetzentwurf erlaubt Vorhaben, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nur noch, wenn ein Mindestabstand von 1000 Metern zu Wohnbebauungen besteht. Deren Rückbau am Ende der Nutzungsdauer soll zudem durch eine entsprechende Verpflichtungserklärung und Sicherheitsleistung des Betreibers geregelt werden.	○
Gesetz für die dialogische Beteiligung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz – SächsÖBeG) 8/2889 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ffd.: Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	Zur Stärkung der demokratischen Kultur und Erhöhung der sozialen Akzeptanz sollen zufällig ausgesuchte Bürgerinnen und Bürger in politische Willensbildungsprozesse aktiv eingebunden werden. Dafür ist ein Austausch mit staatlichen Stellen in Beteiligungsformaten angedacht.	○
Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik 8/2921 Staatsregierung Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz	Anpassungen im Produktsicherheits- und Marktüberwachungsrecht werden in dem Länderabkommen über die zentrale Vollzugstelle nachvollzogen. Das Gesetz überführt diesen Änderungsstaatsvertrag in Landesrecht.	○
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes über die Presse 8/3309 AfD Ffd.: voraussichtlich Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus	Werden Druckwerke von Unternehmen herausgegeben, an denen politische Parteien mittel- oder unmittelbar beteiligt sind, soll künftig verpflichtend auf dem Druckwerk darauf hingewiesen werden.	○



angenommen



abgelehnt



neu im parlamentarischen Verfahren



Nähere Informationen unter
<https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>

// Rüdiger Soster

Kurz informiert



Foto: F. Neu mayr

Landtagspräsidenten rufen zum Schutz der Demokratie auf

Vom 25. bis zum 27. Mai nahm Landtagspräsident Alexander Dierks an der Konferenz der Präsidenten deutschsprachiger Landesparlamente in Salzburg teil. Diese setzt sich aus den Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages, des Deutschen Bundestages und des deutschen und österreichischen Bundesrates sowie der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zusammen.

Vor dem Hintergrund aktueller geopolitischer Herausforderungen stand in diesem Jahr besonders die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Mittelpunkt. Die Präsidentinnen und Präsidenten hoben hervor, dass der Schutz demokratischer Werte nicht nur auf nationaler und europäischer, sondern auch auf regionaler Ebene gewährleistet werden müsse. Besorgniserregend sei die wachsende Bedrohung durch Rechtsextreme und Demokratiefeinde, die sich mit Hass und Hetze gegen Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt stellten. In der gemeinsamen Erklärung heißt es dazu: »All dies verpflichtet Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die demokratischen Institutionen zu verteidigen und die Demokratie zu schützen.«

Laut Landtagspräsident Dierks habe die Konferenz gezeigt, »wie wertvoll der landesübergreifende Austausch ist – nicht nur für gute parlamentarische Praxis, sondern auch für das gemeinsame Bekenntnis zu unseren demokratischen Grundwerten.« Der frühere sächsische Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler wurde in Salzburg offiziell aus dem Kreis der Landtagspräsidenten verabschiedet.

Landesrechnungshof veröffentlicht Bericht

Sachsens Rechnungshof ist verpflichtet, das Parlament jährlich über seine Tätigkeit zu informieren. Rechnungshofpräsident Jens Michel übergab deshalb am 18. Juni 2025 Band I des Jahresberichts 2025 an Landtagspräsident Alexander Dierks. Darin bemängelt die Behörde unter anderem den hohen Anteil der Personalkosten im sächsischen Landeshaushalt. Allein im Zeitraum zwischen 2022 und 2023 seien sie um 200 Millionen Euro gestiegen.



Foto: Landtag



Foto: Grosser Rat Bern

Besuch beim Grossen Rat in Bern

Landtagspräsident Alexander Dierks nahm am 5. Juni 2025 an der Amtseinführungsfeier zu Ehren der Grossratspräsidentin Edith Siegenthaler in Bern teil. Damit führte er eine bereits seit 1996 währende Tradition der regelmäßigen Austausche zwischen dem Landtag und der Bundesversammlung des Grossen Rates fort. »Die Herzlichkeit unserer Schweizer Freunde hat mich sehr beeindruckt und der Austausch ist auch ein kleiner Beitrag für einen größeren Zusammenhalt in Europa«, resümierte Dierks den Besuch.



Foto: S. Flüßel



Foto: S. Floss

Antrittsbesuche diplomatischer Vertreter

Am 18. Juni 2025 empfing Landtagspräsident Alexander Dierks den Generaldelegierten von Flandern in Deutschland, Bart Brosius. Der Generaldelegierte trug sich in das Gästebuch des Parlaments mit den Worten ein: »Es ist mir eine Ehre, den Sächsischen Landtag zu besuchen.«

Ebenfalls zum Antrittsbesuch begrüßte Landtagspräsident Alexander Dierks am 23. Juni 2025 den Botschafter Panamas in Deutschland Vladimir A. Franco Sousa. Er ist seit November letzten Jahres in diesem Amt tätig. Zuvor war Sousa bereits stellvertretender Außenminister in Panama.

ZEICHEN DES ZUSAMMENHALTS UND DER DEMOKRATISCHEN STÄRKE

Demokratien müssen sich schützen und ihre Werte verteidigen. Dazu braucht es Stärke nach Außen und Innen. Der 1. Nationale Veteranentag im Dresdner Ständehaus zollte ehemaligen und aktiven Soldatinnen und Soldaten Anerkennung für ihren Dienst. Eine Demokratie kann aber auch ohne Uniform geschützt werden, beispielsweise durch besondere Verdienste um die Verfassung. Die Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille stellte dies eindrucksvoll unter Beweis.



»Setzt Euch ein für unser Land«

Veranstaltung anlässlich des 1. Nationalen Veteranentags

Unter dem Titel »Veteranen, Reservisten, Soldaten – Die Bundeswehr und die Gesellschaft« fand am 12. Juni 2025 im Sächsischen Ständehaus ein Gedankenaustausch über den Stellenwert der Streitkräfte in der deutschen Gesellschaft, die Wehrfähigkeit der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Umgang mit Veteraninnen und Veteranen in der Bundesrepublik Deutschland statt.

»Haltet unserem Land die Treue, setzt Euch ein für unser Land, helft dabei, Spaltung zu überwinden!« Mit diesen Worten, gerichtet an die Veteraninnen und Veteranen, beendete Generalinspekteur a. D. Hans-Peter von Kirchbach seinen eindrucksvollen Vortrag. Von Kirchbach, der über vier Jahrzehnte lang in der Bundeswehr diente und der einst als Generalinspekteur deren höchster Repräsentant war, betonte die wichtige Ver-

bindung zwischen dem Staat und seiner Armee. »Die Bindung und Verbindung zwischen der Gesellschaft und ihren Soldatinnen und Soldaten, den Veteranen und Veteraninnen, verlangt Anstrengungen von beiden Seiten.« Die Bundeswehr handele dabei nicht selbstständig, sondern immer im Auftrag der Politik und speziell des Parlaments (»Primat der Politik«). Daher gelte, dass »unser Staat, seine Bevölke-

rung, sein Parlament, seine Veteranen [...] in einem tiefen gegenseitigen Treueverhältnis verbunden sind«. Von den Soldatinnen und Soldaten verlange dies Pflichterfüllung bis zum Einsatz des Lebens, vom politischen Auftraggeber verantwortliches Handeln über den Auftrag hinaus.

Werte, Vertrauen und Respekt

»Die Bindung aller an die Werteordnung des Grundgesetzes ist der wichtigste Grund, weshalb ein Vertrauen auf Gegenseitigkeit entstehen und bestehen kann«, erklärte der General a. D. Dieses Wertesystem, das sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich Anwendung finde, sei der zentrale Unterschied, der einen Soldaten in einer Demokratie von einem Landsknecht unterscheide. Seit Ende des Kalten Krieges würden

Soldatinnen und Soldaten zunehmend vom Parlament beauftragt, ihren Dienst auch außerhalb der Bundesgrenzen zu verrichten. In »über 30 Jahren waren etwa 400 000 Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen eingesetzt. Allein in Afghanistan dienten etwa 90 000 Frauen und Männer. 119 Soldaten kamen bei Auslandseinsätzen ums Leben. 37 davon sind im Einsatz gefallen oder wurden bei Anschlägen getötet«, erinnerte von Kirchbach. Besonders im Hinblick auf diese Veteranen betonte er: »Es ist Zeit für diesen Veteranentag. Es ist Zeit für Wertschätzung, Zeit für Dankbarkeit und Respekt.«

Wertschätzung gegenüber der Bundeswehr

Zuvor hatte Landtagspräsident Alexander Dierks in seiner Begrüßungsansprache an die zentrale Bedeutung der Bundeswehr zum Schutz von Rechtsstaat, Freiheit und Demokratie erinnert. »Sie verteidigen Recht und Freiheit des deut-

v. l. Thomas Peters, Ricarda Steinbach, Hans-Peter von Kirchbach, Gunter Scharf und Moderator Marc Angerstein





Generalinspekteur a. D.
Hans-Peter von Kirchbach



schen Volkes!« Daher sei die Einführung des Nationalen Veteranentags auch ein wichtiges Signal der Wertschätzung gegenüber den mehr als 10 Millionen Menschen, die bisher in der Bundeswehr ehrenhaft gedient haben. Neben dem inzwischen wieder so zentral gewordenen Kernauftrag der Bundeswehr, der Landes- und Bündnisverteidigung, unterstützten Soldaten regelmäßig in nationalen Notlagen. Landtagspräsident Dierks bedankte sich für diesen so wichtigen Dienst. Dabei würden die Soldatinnen und Soldaten von der Bevölkerung »als verantwortungsbewusste, hilfsbereite und auch leistungs- und einsatzbereite Männer und Frauen wahrgenommen« und wertgeschätzt. Doch diene der Veteranentag auch dem Gedenken an diejenigen, die »als Einsatzveteranen verwundet an Körper und Seele und im allerschlimmsten Fall überhaupt nicht aus Einsätzen zurückgekehrt sind, die gefallen sind im Dienst«.

Wehrpflicht und Reservistenarbeit

Die Podiumsdiskussion, moderiert von Marc Angerstein, griff u. a. die gesellschaftliche Debatte rund um die mögliche Reaktivierung der Wehrpflicht auf und diskutierte die Rolle von Reservisten und Veteranen nach der »Zeitenwende«. Thomas Peters, Bürgermeister von Bad

Gottleuba-Berggießhübel und Hauptmann der Reserve, befürchtete, dass sich die Bundeswehr mit dem Aussetzen der Wehrpflicht ein Stück weit von der Gesellschaft entfernt habe. Zu Zeiten der Wehrpflicht, so seine Wahrnehmung, sei es beispielsweise durch den Dienst eines Familienmitglieds zu mehr direkten Kontakten und Diskussionen zwischen der zivilen Gesellschaft und der Bundeswehr gekommen.

Ricarda Steinbach, Oberstleutnant der Reserve, gab zu bedenken: »Wenn die Wehrpflicht mit einer Parlamentsmehrheit durchsetzungsfähig wäre, hätte man sie vielleicht auch eingeführt.« Sowohl Peters als auch Steinbach sowie von Kirchbach unterstützten die Forderung, dass bei einer möglichen Wiedereinsetzung der Wehrpflicht alle gleichermaßen verpflichtet werden sollten.

»Verteidigung müssen alle können!«, so Steinbach. Der Landesvorsitzende des Reservistenverbandes in Sachsen, Gunter Scharf, betonte besonders die Rolle von Reservisten für die Verteidigungsfähigkeit sowie die aktuelle Notwendigkeit der Aktivierung zusätzlicher Reservistenkräfte. Allerdings sei seiner Meinung nach die Bundeswehr momentan gar nicht in der Lage, das umzusetzen, weil die infrastrukturellen Voraussetzungen fehlten. Auch seien seit Ende der Wehrpflicht viele Reservistenkontaktdaten schlichtweg verlorengegangen, von den zahlreichen bürokratischen Hindernissen abgesehen.

Der Nationale Veteranentag

Alle Diskutanten begrüßten die Einführung eines Veteranentags in Deutschland. Thomas Peters

sprach vom Beginn einer neuen Tradition und sagte weiter: »Das ist das richtige Zeichen zur richtigen Zeit.« Ricarda Steinbach wünschte sich, dass nicht nur anlässlich des Veteranentags mehr Menschen das Veteranenabzeichen tragen und sich so Veteranen in der Öffentlichkeit kennenlernen. Gunter Scharf sah in der Schaffung des Veteranentags einen »bedeutenden Schritt, um die Leistungen der Veteranen mehr ins Bewusstsein, ins Blickfeld der Gesamtbevölkerung zu bringen«. Hans-Peter von Kirchbach, der bei dieser Gelegenheit die bessere Versorgung der Einsatzgeschädigten anmahnte, sah die Einführung des Veteranentags als »überfällig«, betonte aber auch die historischen Gründe für diese »Verspätung«.

// Maximilian Brandl /
Dr. Thomas Schubert



Der Deutsche Bundestag beschloss am 25. April 2024 mit überwältigender Mehrheit die Einführung eines Nationalen Veteranentags. Fortan soll jährlich am 15. Juni der Dienst und Einsatz aktiver und ehemaliger Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr umfassend und angemessen gewürdigt werden. Als Veteranin oder Veteran der Bundeswehr gilt dabei, wer als Soldatin oder Soldat im aktiven Dienst steht oder aus dem Dienstverhältnis ehrenhaft ausgeschieden ist. Das sind in Deutschland seit Gründung der Bundeswehr im Jahr 1955 rund 10 Millionen Frauen und Männer.

Sie können die Veranstaltung auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags nachschauen.





v.l. Oliver Zille, Annegret Haas, Alexander Dierks, Dr. Gottfried Hanzl, Dr. Christoph Dittrich, Uwe Saegeling (nicht im Bild: Heidrun Hiemer)

Fotos: M. Rietschel

»Für besondere Verdienste«

29. Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille



Aufzeichnung
der Verleihung

Am 21. Juni 2025 ehrte Landtagspräsident Alexander Dierks sechs Frauen und Männer mit der Sächsischen Verfassungsmedaille. Die Auszeichnung würdigt Verdienste auf sozialem, künstlerischem, wissenschaftlichem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet.

Verfassungen sind politische Grundlagentexte, gewissermaßen das Fundament eines jeden modernen Staates. Die heute gültige Verfassung für den Freistaat Sachsen trat im Jahre 1992 in Kraft. Ihr Wesenskern ist die freiheitliche und demokratische Grundordnung. Sie regelt nicht nur Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative, sondern auch grundlegende Menschen- und Freiheitsrechte. Die Bürgerinnen und Bürger können die verbürgten Freiheiten nutzen, um neben

ihrem individuellen Glück auch das Allgemeinwohl zu fördern. Mit der Sächsischen Verfassungsmedaille werden jene Personen ausgezeichnet, die die freiheitliche und demokratische Entwicklung des Freistaates vorangetragen und sich zum Wohle der Gesellschaft verdient gemacht haben.

In diesem Jahr erhielten zwei Frauen und vier Männer diese hohe Auszeichnung von Landtagspräsident Alexander Dierks überreicht. Er betonte zu diesem Anlass: »Unser Land



Alexander Dierks

und unsere Demokratie sind auf Menschen angewiesen, die sich in herausgehobenem Maße für ein gutes Miteinander und eine erfolgreiche Zukunft unseres Freistaates einbringen.« Die Träger der Verfassungsmedaille seien Persönlichkeiten, die einen besonderen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisteten. Sie alle hätten gezeigt, dass wir gemeinsam etwas bewegen, verändern und gestalten können, so Dierks.

FOLGENDE PERSONEN WURDEN AUSGEZEICHNET:

HEIDRUN HIEMER (Schwarzenberg)

Fast zwei Jahrzehnte währte Frau Hiemers Amtszeit als Oberbürgermeisterin der Großen Kreisstadt Schwarzenberg. Ihre Arbeit wurde zum Vorbild für eine nachhaltige Stadtverwaltung in Sachsen. Ebenso förderte sie kommunale Kultur- und Naturprojekte. Einer der Höhepunkte war dabei die Austragung des »Tages der Sachsen« 2013. Neben ihrer politischen Rolle engagiert sich Frau Hiemer bereits seit zwei Jahrzehnten im Deutschen Wanderverband.

OLIVER ZILLE (Leipzig)

35 Jahre lang war Herr Zille fester Bestandteil der Leipziger Buchmesse, fast zwei Jahrzehnte davon als Direktor. In dieser Zeit verhalf er der anfänglich noch kleinen Messe zu internationaler Anerkennung und schuf einen Ort, an dem Literatur lebendig wird. Herr Zille leistete mit seinem Lebenswerk einen herausragenden Dienst um die Förderung der Literatur und des Kulturstandortes Sachsen.

ANNEGRET HAAS (Chemnitz)

Bereits seit viele Jahren wird die Familienunternehmerin in ihrer Heimat, der Kulturhauptstadt Chemnitz, als Förderin gesellschaftlicher und sozialer Projekte wertgeschätzt. Besonders die Kultur-, Kinder- und Jugendförderung sowie lokale Vereine liegen ihr dabei am Herzen. Zusätzlich bringt Frau Haas ihre unternehmerische Erfahrung ehrenamtlich im Wirtschaftsrat ihrer Stadt ein.

DR. GOTTFRIED HANZL (Oderwitz)

Seit nunmehr 45 Jahren versorgt der Oderwitzer Landarzt seine dankbaren Patienten. Während seines jahrzehntelangen Praktizierens setzte sich Herr Dr. Hanzl für innovative Ideen zur Förderung der Arztausbildung in Sachsen ein. Zusätzlich engagiert er sich in zahlreichen Projekten zur Telemedizin und zur Betreuung demenzkranker Menschen.

UWE SAEGELING (Heidenau)

Der Heidenauer Unternehmer wird als langjähriger Förderer des Vereinssports in Dresden ausgezeichnet. Seine Leidenschaft gilt dem Handball. Als Präsident führt er den HC Elbflorenz an. Zusätzlich engagiert sich Herr Saegeling vielfältig in weiteren sozialen Initiativen, unter anderem zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen.

DR. CHRISTOPH DITTRICH (Chemnitz)

Der Generalintendant der Städtischen Theater Chemnitz setzt sich bereits seit über einem Jahrzehnt für die Förderung lokaler Kulturprojekte ein und trug maßgeblich zur Auszeichnung von Chemnitz als »Kulturhauptstadt Europas 2025« bei. Neben dem Einsatz für die Stadtkultur engagiert sich Herr Dr. Dittrich in der Jugendarbeit und Förderung gesellschaftlicher Vernetzung zwischen Menschen vielfältiger Herkunft.

// Redaktion



Die Sächsische Verfassungsmedaille

Erstmalige Stiftung: 26. Mai 1997

Anlass: Fünfter Jahrestag der Sächsischen Verfassung und Erinnerung an die Friedliche Revolution

Stifter: Präsident des Sächsischen Landtags

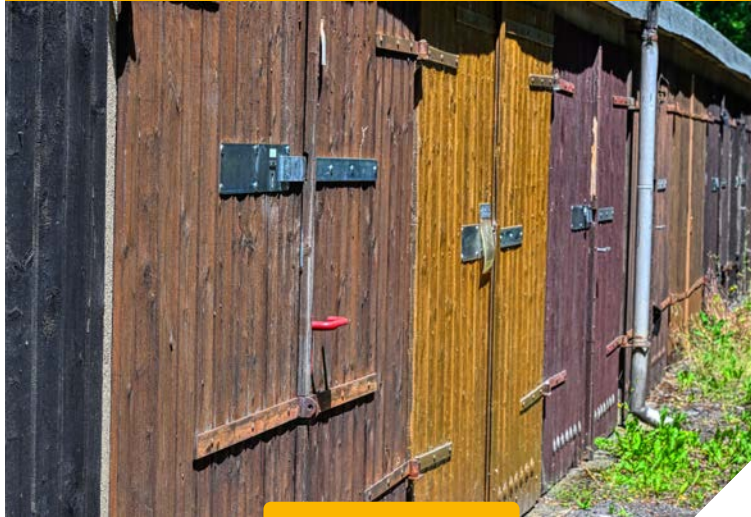
Kriterium: Besondere Verdienste um die freiheitlich-demokratische Entwicklung des Freistaats Sachsen

Bedeutung: Neben dem Sächsischen Verdienstorden die wichtigste staatliche Auszeichnung in Sachsen, bisher an 204 Männer und Frauen verliehen (einschließlich 2025)



Selbstporträt in tausend

Das 3 000-Garagen-Projekt der Kulturhauptstadt Chemnitz



Garagenfronten in Chemnitz

Verborgene Räume, persönliche Geschichten und unerwartete Perspektiven: Das Projekt »3 000 Garagen« öffnet Türen und Tore zu einem vertrauten und doch bisweilen unterschätzten Alltagsobjekt. Mit Ausstellungen, Performances und Begegnungen erfährt die Garagenkultur in Chemnitz in diesem Jahr ungeahnte Aufmerksamkeit.

Vielleicht ist dieses Projekt das gelungenste Selbstporträt der diesjährigen europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz. »3 000 Garagen« heißt es – und es hat – selbstverständlich, möchte man fast hinzufügen – nichts mit 3 000, sondern etwas mit 30 000 Garagen zu tun. So viele dieser kleinen Abstellkammern, ursprünglich für Trabant, Wartburg und Lada gedacht und zu DDR-Zeiten meist in kollektiver Eigenleistung entstanden, gibt es in Chemnitz. Aber an dem Projekt sind auch nicht 3 000 Garagen beteiligt, sondern eher 30 dieser besagten 30 000 – die, dem Motto der Kulturhauptstadt »C the Unseen« entsprechend, meist eher »ungesehen« sind.

Garagen als Rückzugsorte

In vielen dieser Garagen stapeln sich: »Schrauben, Unterlegscheiben, Baumaterial, Vierzehnerschlüssel – Ersatzteile.« So

singen und sprechen, oft in schönstem Sächsisch, Schauspielerin Tanja Krone und ihre Mitstreiterinnen Maria Costantino, Špela Mastnak, Amelie Neumann und Emma Rönnebeck in die Mikrofone. Die fünf Frauen in Gelb und Schwarz, den Farben des Garagen-Projekts, treten beim gleichnamigen Festival am Harthweg auf. In den »Songs Of (In) Security«, die sie in ihrem Programm »Erste Sicherheitskonferenz des ehemaligen Ostens« zum Besten geben, zitieren sie aus Interviews, die Tanja Krone mit Garagenbesitzern, Polizisten, Mitarbeitern von Security-Firmen und Kirchen geführt hat. Etwa 200 Gäste lauschen nahe des riesigen Garagen-Parks den effektiv arrangierten Sätzen über das eigene Sicherheitsempfinden, den Nutzen von Garagen, das Leben in der Vergangenheit und Gegenwart. Es ist, als ob die Stadt sich selbst zuhört, sich wiedererkennt oder sich erkannt fühlt – nicht immer zum eigenen Vorteil.

Den Älteren zumindest kommen viele Worte, Sätze bekannt vor: »Garagen ... Ersatzteile. Das Miteinander, das Nehmen, das Geben und dieses, dieses ... Ich sage mal, diese Nachbarschaftshilfe. In Garagen konntest du dich hinsetzen, dann hast du zugemacht, und dann sind das auch mal konspirative Gesprächsrunden gewesen.«



Eine Garage war damals fast so viel wert wie ein Eigenheim. Die Garage war nicht nur Abstellort für motorisierte Gefährte, sie war auch Feieroase und Rückzugsraum, eine Art sicherer Ort – ganz dem französischen Ursprung des Wortes »garer«, etwas in Sicherheit bringen, entsprechend.

Das Garagenprojekt soll möglichst viele Chemnitzerinnen und Chemnitzer unterschiedlicher sozialer Schichten, Altersgruppen und kultureller Hintergründe

21

Von der jüngsten Abgeordneten zur Parlamentspräsidentin

Grete Groh-Kummerlöh und der Nachkriegslandtag in Sachsen

Der erste Teil zu den Frauen im sächsischen Nachkriegslandtag befasste sich mit ihrer zahlenmäßigen Präsenz sowie ihrer inhaltlichen Repräsentation. Im Mittelpunkt des zweiten Teils steht nun das Leben einer dieser Abgeordneten: Margarete (Grete) Groh-Kummerlöh. Ihr Lebensweg ist beispielhaft für die politischen Werdegänge vieler weiblicher Abgeordneter in der unmittelbaren Nachkriegszeit – geprägt von frühem Engagement, politischer Verfolgung und dem starken Willen zur gesellschaftlichen Mitgestaltung.

Befreiung und Neubeginn

Als Deutschland am 8. Mai 1945 kapitulierte, waren Nationalsozialismus und Weltkrieg für Millionen Tote verantwortlich. Viele Deutsche empfanden diesen Tag nicht als Befreiung – zu tief waren sie in das System verstrickt. Für Margarete Groh-Kummerlöh hingegen bedeutete er tatsächlich und ganz konkret die wiedergewonnene Freiheit: Kurz vor Kriegsende saß sie im Gefängnis in Potsdam, angeklagt wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«. Ein Schuldspruch hätte sie das Leben kosten können. Doch am 27. April 1945 besetzte die Rote Armee die Stadt. Groh-Kummerlöh wurde befreit und hatte damit noch 35 Jahre Leben vor sich. Sie starb am 16. Februar 1980 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz).

Frühe Politisierung

Geboren am 6. Februar 1909 im vogtländischen Plauen, wuchs Grete Groh als siebtes von neun Kindern in einer Arbeiterfamilie auf. Mit 14 Jahren begann sie, in den Plauener Stickereiwerken zu arbeiten. Eine Berufsausbildung blieb ihr verwehrt, nur einem Bruder war sie möglich. Ihren Berufswunsch – Krankenschwester oder Kindergärtnerin – musste sie früh aufgeben.

Mit 16 trat Grete Groh dem Textilarbeiterverband bei – ein wichtiger Ort politischer Bildung für Arbeiterinnen der Weimarer Zeit. 1927 wurde sie Mitglied des Kommunistischen Jugendverbands (KJVD) und trat auf dem 10. Reichskongress erstmals öffentlich auf. Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann zeigte sich von ihr beeindruckt – sie könne als »Nichtstudierte« die Probleme einfacher Menschen verständlich darstellen. Für Groh war dieses Lob bedeutend.

1930 trat Groh schließlich in die KPD ein. Noch im selben

Jahr kandidierte sie erfolgreich auf der sächsischen Landesliste und wurde mit 21 Jahren die jüngste deutsche Abgeordnete. Ihr politisches Interesse galt besonders dem Kinderelend und der Kinderarbeit in Sachsen, die sie aus eigener Erfahrung kannte. Erfüllung fand sie in ihrem gewerkschaftlichen Engagement. Früh knüpfte sie Kontakte zu Kolleginnen, baute solidarische Netzwerke auf. Der Berufsstolz der Textilarbeiterinnen prägte sie dauerhaft. Noch später in der DDR sprach sie von einem Heimweh nach der frühen »Betriebsgruppenarbeit«.

Widerstand und Verfolgung

In der KPD übernahm Groh früh eine für Frauen untypisch öffentliche Rolle. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 engagierte sie sich unmittelbar im kommunistischen Widerstand – zunächst vor Ort, später auch überregional. Die Nationalsozialisten

fahndeten nach ihr, verhafteten sie schließlich in Bitterfeld und verurteilten sie zu 20 Monaten Zuchthaus.

Nach ihrer Freilassung heiratete sie den Kommunisten Heinrich Kummerlöh und wählte den Doppelnamen Groh-Kummerlöh. 1940 wurde ihr Sohn Fritz geboren. Politisch blieb sie aktiv: Sie organisierte Arbeitsniederlegungen, unterstützte Familien politischer Gefangener und sowjetische Zwangsarbeiterinnen. 1944 wurde sie erneut inhaftiert. Kurz darauf nahmen die Nazis auch ihren Ehemann und ihre Schwester fest, die in der Gestapohaft starb.

Rückkehr in die Politik

Nach ihrer Befreiung trat Groh-Kummerlöh wieder in die neu gegründete KPD ein und wurde Teil des politischen Neubeginns in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR. In den folgenden Jahrzehnten



Foto: Deutsche Fotothek / Pisarek, Abraham

Grete Groh-Kummerl w beim Frauenkongress 1947

bekleidete sie zahlreiche politische und gesellschaftliche Funktionen – als Abgeordnete, Gewerkschafterin, Frauenpolitikerin und Vizepräsidentin der Volkskammer. Ihre Erfahrungen aus der Weimarer Republik und aus dem Widerstand wirkten dabei ebenso prägend wie ihre feste Überzeugung vom Führungsanspruch der KPD/SED. Die erzwungene Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 bezeichnete die Kommunistin folgerichtig als »schönsten und besten Lohn für alle M h- und Drangsale.«

Im Oktober 1946 wurde sie erneut in den sächsischen Landtag gewählt. Mit 37 Jahren zählte sie nun zwar nicht mehr zur jüngsten Generation, gehörte aber weiter zu den jüngeren Abgeordneten. Anders als in der Weimarer Zeit, als sie als KPD-Abgeordnete einer opposi-

tionellen Minderheit angehörte, war sie nun Teil der gröſsten und mächtigsten Fraktion.

Wie Groh-Kummerl w hatten viele weibliche Abgeordnete im ersten sächsischen Nachkriegslandtag politische Verfolgung erlebt. Mindestens acht der 33 Frauen waren inhaftiert oder im KZ interniert gewesen – zumeist wegen sozialistischer oder kommunistischer Aktivitäten. Besonders SED-Abgeordnete waren politisch vorgeprägt, viele mit Wurzeln in der KPD, SPD oder den Gewerkschaften.

Rede zur Landtagser ffnung

Ihren ersten Auftritt im neuen Landtag hatte Groh-Kummerl w in der Eröffnungssitzung am 22. November 1946. Dort sagte sie:

»Es ist mir eine besondere Genugtuung, auch heute wieder

nach zwölf Jahren faschistischer Herrschaft im sächsischen Parlament tätig zu sein.«

Sie erinnerte an das herablassende Urteil, das junge Abgeordnete wie sie in der Weimarer Republik erfahren hatten, und stellte dem die Bilanz der NS-Zeit entgegen:

»Ich glaube, sie [die Nationalsozialisten] haben in den zwölf Jahren faschistischer Herrschaft bewiesen, dass sie noch weniger verstanden haben, eine solche Politik zu machen, die zugunsten des deutschen Volkes war.«

Umso mehr verstehe sie ihr Mandat nun als Verpflichtung: »Mir ist es heute eine Genugtuung, wiederum meine ganze Person einsetzen zu dürfen für die Interessen der werktätigen Jugend, unserer Frauen und der gesamten Bevölkerung.«

Als Landespolitikerin vergessen

Ihre Arbeit im sächsischen Landtag blieb später weitgehend unbeachtet. Das hatte auch strukturelle Gründe: 1952 beschloss die Volkskammer ein Gesetz zur Auflösung der Länder – an ihre Stelle traten in der zentralistischen SED-Diktatur 14 Bezirke. Die Geschichte der ostdeutschen Landesparlamente geriet damit in Vergessenheit. Erst mit der Friedlichen Revolution und der Rückkehr zum bundesdeutschen Föderalismus kehrte auch der Sächsische Landtag in die Geschichte zurück.

// Dr. Edith Schrie l

Späte Jahre

Groh-Kummerl w wurde als einzige Frau ins Landtagspr sidium gewählt. Zwar war sie als Schriftführerin ohne Stimmrecht, dennoch war ihre Wahl ein frühes Beispiel für weibliche Repräsentanz in einem weiterhin männlich dominierten politischen Umfeld. Nach der Gründung der DDR im Jahre 1949 berief sie der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund nach Berlin. Dort übernahm sie Leitungsfunktionen, reiste zu Gewerkschaftskongressen in die Sowjetunion und nach China. 1950 wurde sie ins Präsidium der Volkskammer gewählt, ab 1954 war sie Vizepräsidentin. Mit knapp 60 Jahren legte sie ihre Ämter krankheitsbedingt nieder. Ihren Ruhestand verbrachte sie weiterhin engagiert, unter anderem als »Gewerkschaftsveteran« in vielen Ehrenämtern.



Foto: Christiane Michels

DR. EDITH SCHRIE L

Edith Schrie l studierte in Dresden und Havanna Geschichte, Spanisch und Deutsch als Zweitsprache. 2019 wurde sie mit ihrer Arbeit zu dem sächsischen Nachkriegslandtag promoviert, die 2020 unter dem Titel »Versammlung zum Konsens. Der sächsische Landtag 1946–1952« im Jan Thorbecke Verlag erschien. Derzeit arbeitet Schrie l an der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek (SLUB), wo sie für das Buchmuseum verantwortlich ist.

Plenarsitzungen

10.09. – 11.09.2025

29.10. – 30.10.2025

03.12. – 04.12.2025

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5501

AfD, Tel. 0351 493-4201

BSW, Tel. 0351 493-4400

SPD, Tel. 0351 493-5700

BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800

Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Offene Führungen ohne Anmeldung

Die Führungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt. Der Treffpunkt befindet sich im Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«

Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG

Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden, Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de



[www.landtag.sachsen.de/
publikationen](http://www.landtag.sachsen.de/publikationen)



[www.landtag.sachsen.de/
veranstaltungen](http://www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen)



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_lt
auf Instagram: instagram.com/sachsen_landtag
und auf YouTube: [YouTube/Sachsischer Landtag](https://www.youtube.com/SachsischerLandtag)

TAG DER OFFENEN TÜR IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

- Führungen mit spannenden Einblicken in den Altbau
- Diskussionsrunden mit Abgeordneten im Plenarsaal
- Informationsstände der Landtagsfraktionen
- Kreativ- und Spielangebote für Kinder

03.10.2025

12 – 17 Uhr

**VORGE-
MERKT!**



www.landtag.sachsen.de